

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

WÄHLEN, WÄHLEN,
IMMER WIEDER WÄHLEN

DIE BUNDESTAGSWAHL UND EUROPAWAHL
IM VERGLEICH

VIOLA NEU | SABINE POKORNY



ClimatePartner^o
klimaneutral

Druck | ID: 53323-1409-1036



Urheberinnen:
Viola Neu, Sabine Pokorny – Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2014



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE
(abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

© 2014, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Umschlagfoto: © m.schuckart – Fotolia.com
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Satz: Cornelia Wurm, ZKM / Konrad-Adenauer-Stiftung.
Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-062-3

INHALT

5 1. DIE BUNDESTAGSWAHL 2013	
1.1. Die Anhängerschaften der Parteien	5
1.2. Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2013	14
1.3. Politische Themenwahrnehmung und Problemlösungskompetenz	17
1.4. Mediennutzung	21
1.5. Die Nutzung des Wahl-O-Mats.....	23
1.6. Kirchenbindung.....	26
30 2. DIE EUROPAWAHL 2014	
2.1. Wahlbeteiligung und Wählerpotenziale	33
2.2. Politische Einstellungen und Problemlösungskompetenzen.....	35
2.3. Einstellungen zu Europa	39
2.4. Wissen über die EU	42
44 3. SCHLUSSFOLGERUNGEN	
46 DIE AUTORINNEN	
46 ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

1. DIE BUNDESTAGSWAHL 2013

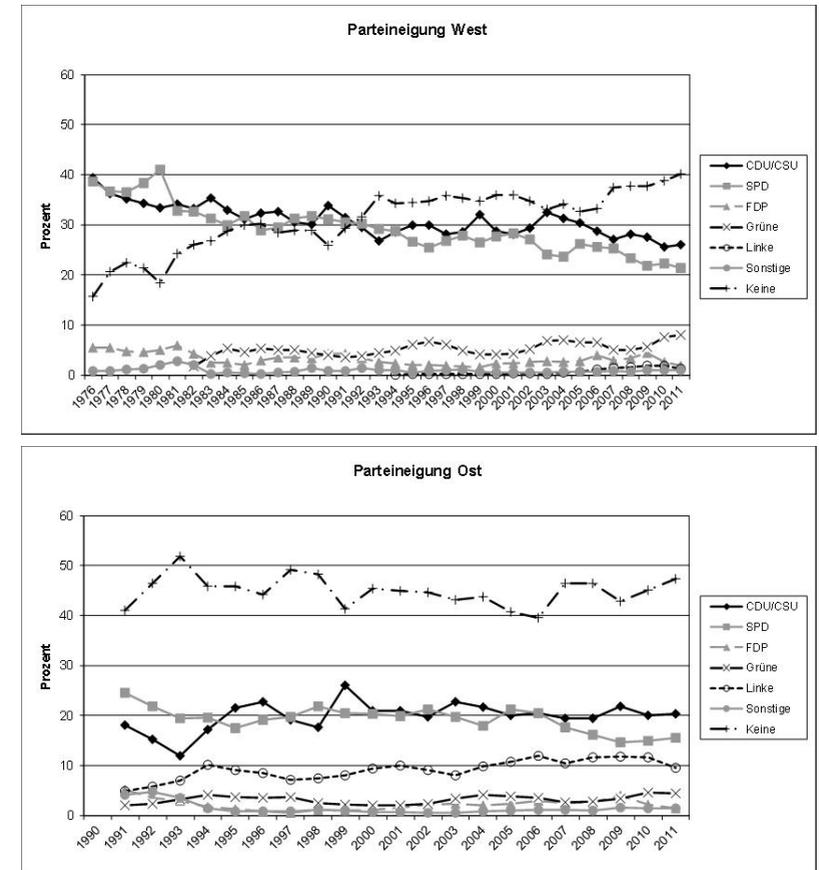
1.1. DIE ANHÄNGERSCHAFTEN DER PARTEIEN

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat zwischen dem 23. September und dem 7. Oktober 2013 mit TNS Emnid eine telefonische Befragung von 2.550¹ Wahlberechtigten durchgeführt. Ziel der Umfrage war es, politische Einstellungsmuster zu erfragen und die Zusammensetzung der Anhängerschaften von Parteien zu untersuchen. Nachwahlumfragen sind besonders geeignet, Haltungen zu Parteien zu erforschen, da Wählern politische Einstellungen infolge des Wahlkampfes besonders präsent sind. Daher unterscheiden sich Umfragen, die unmittelbar nach einer Bundestagswahl stattfinden, von Umfragen, die während der Legislaturperiode erhoben werden. Da Bundestagswahlen in der Bevölkerung als politisch sehr wichtig gelten, ist das politische Interesse besonders hoch. Dies führt auch zu einer (meist nur kurzfristig) wirksamen Verbesserung der politischen Kenntnisse². So konnten 59 Prozent der Wahlberechtigten richtig angeben, welche der beiden Stimmen die entscheidende ist. 27 Prozent nannten jedoch auch unmittelbar nach der Wahl fälschlicherweise die Erststimme. Vor allem Wähler der Grünen waren mit einem Anteil von 76 Prozent überdurchschnittlich gut informiert. Unterdurchschnittliche Kenntnisse hatten Nichtwähler, von denen 47 Prozent die Zweitstimme als die wichtigste Stimme für die Sitzverteilung identifizierten. Erfahrungsgemäß geht der Anteil richtiger Nennungen im Laufe der Legislaturperiode wieder zurück, da Kenntnisse über das Wahlrecht wohl nicht zum dauerhaften Wissen der Bürger gehören.

In den letzten Jahren hat die Frage der Zusammensetzung der Wählerschaften nach Stamm- und Wechselwählern eine verbreitete Auseinandersetzung gefunden. Zu den Stammwählern rechnet man Wähler, die über eine langfristige Bindung an Parteien verfügen (sogenannte Parteiidentifikation). Wer eine Parteiidentifikation hat, neigt seltener zur Nicht- oder zur Wechselwahl. Generell wird bei Bundestagswahlen die langfristige Parteiidentifikation aktiviert, so dass hier regelmäßig die höchsten Werte gemessen werden. Allerdings erkennt man an der Zeitreihe der Forschungsgruppe Wahlen (s. Abbildung 1), dass der Anteil derjenigen, die keine Parteiidentifikation haben, mittlerweile zur größten Gruppe angewachsen ist. Während in den 1970er Jahren etwa jeder sechste Wähler über keine Parteineigung verfügte, haben mittlerweile etwa 40 Prozent der Wähler keine Parteiidentifikation. Seit den 1970er Jahren ist der Anteil der Wähler ohne Parteiidentifikation in den alten Ländern stetig angewachsen. Mittlerweile ist das Niveau in Ost- und Westdeutschland etwa gleich hoch (siehe Abbildung 1).

In der Umfrage der KAS spiegelt sich die Aktivierung der Parteiidentifikation im Rahmen der Bundestagswahl wider. Nur 29 Prozent der Wahlberechtigten geben an, keine Parteibindung zu besitzen. 30 Prozent nennen eine der Unionsparteien und 20 Prozent die SPD. Die Grünen werden von 7 Prozent, die Linke von 4 Prozent und die FDP von 2 Prozent genannt (siehe Tabelle, Seite 7). Da die Parteineigung im Laufe des Lebens erworben und verfestigt wird, hat die Union aufgrund der Altersstruktur ihrer Wähler einen Vorteil. Vor allem jüngere Wähler haben seltener eine langfristige Bindung an Parteien: In der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen geben 40 Prozent keine längerfristige Bindung zu erkennen, in der Altersgruppe der über 60-Jährigen beträgt der Anteil 17 Prozent. Bei den über 60-Jährigen haben 40 Prozent eine Parteiidentifikation zugunsten der Union, bei den 18- bis 29-jährigen Wahlberechtigten sind es 21 Prozent. Das ist übrigens der größte Anteil an Parteiidentifizierern bei den jüngeren Wählern. Selbst die Grünen kommen nur auf einen Wert von 6 Prozent.

Abbildung 1



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer, eigene Berechnungen. Aktuellere Zeitreihen stehen noch nicht zur Analyse zur Verfügung.

Parteineigung	Prozent
CDU/CSU	30
SPD	20
FDP	2
Die Grünen	7
Die Linke	4
AfD	1
Piraten	1
Keine Partei	29

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013

Wenn allerdings eine Parteibindung einmal vorhanden ist, dann handelt es sich in den meisten Fällen um eine eher starke Bindung. Zusätzlich gibt es einige Wahlberechtigte mit einer mäßig starken Bindung an eine Partei. Eine eher schwache Parteineigung spielt hingegen keine Rolle.

Stärke der Parteineigung	Prozent
Eher stark	59
Mäßig	38
Eher schwach	2

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013

Weiterhin ist eine Parteineigung in den meisten Fällen eine dauerhafte Bindung an eine Partei. Fast zwei Drittel der Wahlberechtigten mit Parteineigung gibt an, dieser Partei grundsätzlich zuzuneigen. Besonders hoch ist dieser Anteil mit 78 Prozent unter den Anhängern der Grünen. Die Anhänger der Linken besitzen dagegen am seltensten eine grundsätzliche Parteineigung mit nur 48 Prozent. Die Anhänger von Union und SPD weichen nur leicht vom Mittel ab. Insgesamt bevorzugt lediglich ein Drittel der Parteiidentifizierer die jeweilige Partei nur im Augenblick. In Anbetracht der Tatsache, dass im Umfeld einer Bundestagswahl der Anteil der Parteigebundenen wächst, hätte man durchaus einen höheren Anteil an augenblicklich gebundenen Wahlberechtigten erwarten können. Offensichtlich aktiviert die Bundestagswahl aber auch langfristige Bindungen, die abseits von Wahlen in den Hintergrund geraten.

Art der Parteineigung	Prozent
Ich neige dieser Partei grundsätzlich zu.	64
Ich bevorzuge sie im Augenblick.	35

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013

Eine Parteineigung ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. Sie muss sich in vielen Fällen erst mit der Zeit entwickeln und kann irgendwann auch wieder verschwinden. 61 Prozent der Befragten ohne Parteibindung geben an, sich noch nie mit einer Partei identifiziert zu haben. 34 Prozent der ungebundenen Wahlberechtigten hatten dagegen früher eine Parteibindung, die nun nicht mehr existiert. Von denjenigen, die aktuell eine Parteineigung besitzen, gibt gut die Hälfte an, dass dies schon immer so war. Die andere Hälfte hatte früher keine Parteineigung und hat erst allmählich eine Bindung aufgebaut.

Veränderung der Parteineigung	Prozent
Keine Parteineigung:	
War immer so.	61
Habe früher einer anderen Partei zugeneigt.	34
Parteineigung:	
War immer so.	52
Früher keine Neigung, dann aufgebaut.	47

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013

Wenn eine Parteiidentifikation vorhanden ist, führt dies zu einer positiven Wahrnehmung der eigenen Partei, nach dem Muster „right or wrong, my party“. 80 Prozent der Unions-, 78 Prozent der Grünen- und 72 Prozent der SPD-Anhänger stimmen der Aussage zu: „Mir gefällt zwar nicht alles, was (die jeweils genannte Partei) macht, aber meistens bin ich mit ihr zufrieden“. Diese allgemeine Orientierung an eine Partei und die generelle Zufriedenheit mit ihr wird in der Begründung für eine Parteiidentifikation am häufigsten genannten (77 Prozent). Trotz vorhandener Parteiidentifikation fällt die Orientierungsfunktion der Parteien schwach aus. Insgesamt 49 Prozent stimmen der Aussage zu: „Die Standpunkte (der jeweils genannten Partei) helfen mir, mich in der Politik zurechtzufinden“. Bei den Anhängern der Union ist der Wert mit 53 Prozent noch am höchsten. Die geringste Rolle spielt die Orientierungsfunktion der Parteibindung für die Anhänger der Grünen mit nur 35 Prozent. Auch die emotionale affektive Komponente spielt bei den Parteiidentifizierern eine untergeordnete Rolle. 47 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie sich der Partei eng verbunden fühlen. Auch hier erhält die Union zwar die höchste Zustimmung, aber mit 49 Prozent ist auch diese Haltung nicht weit verbreitet. Selbst der habituelle und dauerhafte Charakter einer Parteibindung ist nicht sehr stark ausgeprägt. 47 Prozent stimmen der Aussage zu „Nachdem ich mich einmal für diese Partei entschieden habe, bleibe ich auch dabei“. Am stärksten ist dieser Aspekt bei den Anhängern der Union und der SPD mit jeweils 50 Prozent ausgeprägt. Die Anhänger der Grünen legen mit nur 32 Prozent am wenigsten Wert auf eine dauerhafte Parteibindung.

Aussagen zur Parteineigung (trifft „voll“ und „ganz/eher zu“)	Prozent
Mir gefällt zwar nicht alles, was meine Partei macht, aber meist bin ich mit ihr zufrieden.	77
Ich fühle mich dieser Partei eng verbunden.	47
Die Standpunkte dieser Partei helfen mir, mich in der Politik zurechtzufinden.	49
Nachdem ich mich einmal für diese Partei entschieden habe, bleibe ich auch dabei.	47

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

Auch wenn die Union gegenüber den anderen Parteien leichte Vorteile bei parteigebundenen Wählern hat, besitzt ein hoher Anteil aller Wahlberechtigten nicht nur eine Option bei den Wahlen. Insgesamt haben 41 Prozent der Wahlberechtigten eine Zweitpräferenz, vor allem jüngere Wähler und Wähler mit hoher Bildung. Von den Wählern der Union geben mit 33 Prozent die wenigsten an, eine Zweitpräferenz zu besitzen. Am höchsten ist der Anteil unter denjenigen, die bei der Bundestagswahl 2013 die Grünen gewählt haben, mit 50 Prozent. Dazwischen finden sich die Wähler der Linken (37 Prozent) und der SPD (48 Prozent). Von den 41 Prozent der Wähler mit einer Zweitpräferenz nennen 10 Prozent die Union, 18 Prozent die SPD, 26 Prozent die Grünen, 9 Prozent die Linke und jeweils 8 Prozent die FDP und die AfD. Bei denjenigen, welche die Union bei der Bundestagswahl unterstützt haben, gibt es nur schwache lagerspezifische Zweitpräferenzen. So hätten 29 Prozent für die SPD, 22 Prozent für die FDP und 19 Prozent für die Grünen votieren können. Bei den SPD-Wählern ist eine stärkere Orientierung innerhalb des rot-grünen Lagers sichtbar. 61 Prozent derjenigen mit einer Zweitpräferenz, die bei der Bundestagswahl für die SPD stimmten, hätten auch die Grünen wählen können; für 15 Prozent war die Union und für 14 Prozent die Linke wählbar.

Schon in den ersten Studien zum Wahlverhalten wurde deutlich, dass Menschen, die unterschiedlichen Einflüssen ausgesetzt sind, zur Wechselwahl neigen (sogenannte „Cross-Pressure“-Situation). Daher haben wir versucht herauszufinden, wie das politische Umfeld der Befragten wahrgenommen wird. Gerade einmal 29 Prozent sagen: „Die meisten Menschen in meiner Umgebung denken so wie ich“ (Wähler der Unionsparteien: 34 Prozent). Damit ist die Mehrheit der Wahlberechtigten von Menschen umgeben, die politisch anders denken.

Generell profitieren die Volksparteien noch von habituellem und traditionellem Wahlverhalten, wenn auch auf niedrigem Niveau. So sagen 35 der Unions- und 38 Prozent der SPD-Wähler „Ich wähle eigentlich schon immer die Partei, die auch in meinem Elternhaus gewählt wurde“. Insgesamt trifft dies nur auf 25 Prozent aller Wahlberechtigten zu. Damit wird das habituelle Wahlverhalten nur zu einem geringen Anteil vererbt. Dennoch profitieren vor allem die Volksparteien von treuen Wählern. 56 Prozent der Unions- und 60 Prozent der SPD-Wähler stimmen der Aussage zu „Ich habe eigentlich schon immer dieselbe Partei gewählt“. Insgesamt sagen dies 45 Prozent der Wahlberechtigten. Bei den Linken fällt der Anteil der dauerhaften Wähler mit nur 34 Prozent unterdurchschnittlich aus.

Trifft „voll“ und „ganz/eher zu“	Prozent
Die meisten Menschen in meiner Umgebung denken politisch so wie ich.	29
Ich wähle eigentlich schon immer die Partei, die auch in meinem Elternhaus gewählt wurde.	25
Ich habe eigentlich schon immer dieselbe Partei gewählt.	49

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

Mit einer anderen Fragestellung wollten wir genauer herausfinden, welche Prägung vom Elternhaus ausgeht. Daher haben wir gefragt, zu welcher Partei (bzw. Parteien) der Vater und die Mutter neig(t)en. Für die Volksparteien zeigt sich, dass etwa die Hälfte der Wähler angaben, dass der Vater/die Mutter die gleiche Partei präferierten wie man selbst. Bei den Grünen- und FDP-Wählern ist dies anders. Etwa 80 Prozent dieser Wähler stammen aus Elternhäusern, bei denen eine andere politische Neigung vorliegt. Von den Grünen neigten 31 Prozent der Väter der Union und 38 Prozent der SPD zu. Von den Müttern neigten 29 Prozent zur Union und 40 Prozent zur SPD. Von den FDP-Wählern neigten 55 Prozent der Väter zur Union und 14 Prozent zur SPD. Die Mütter der FDP-Wähler neigten zu 46 Prozent zur Union und zu 17 Prozent zur SPD.

Bei den Parteisympathien sieht man eine klare Polarisierung nach traditionellen politischen Lagern: Rot-Grün und Schwarz-Gelb hegen wechselseitige Sympathien. Die CDU wird von den Anhängern der FDP überdurchschnittlich gut bewertet. Umgekehrt hegen die CDU-Anhänger mehr Sympathien für die FDP als der Durchschnitt. Ähnlich verhält es sich bei

SPD und Grünen. Insgesamt wird die CDU auf einer Skala von -5 bis +5 mit einem Wert von 1,4 von allen Parteien am besten bewertet. Am schlechtesten schneiden die Piraten mit einem Wert von -2,4 ab. Auch unter ihren eigenen Anhängern schneidet die CDU besser ab als die anderen im Bundestag vertretenen Parteien unter ihren eigenen Anhängern. Die CDU wird von ihren Anhängern mit 3,7 bewertet, die SPD mit 3,4, die Grünen mit 3,6 und die Linke mit 3,0.

Beurteilung verschiedener politischer Parteien								
Anhänger von ...								
	Durchschnitt	CDU/CSU	SPD	Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	k.A., Nichtwähler
CDU	1,4	3,7	0,1	-0,4	2,9	-1,0	-0,9	1,1
CSU	0,5	2,8	-1,2	-1,8	1,9	-1,6	-1,1	0,3
SPD	1,1	0,3	3,4	2,1	0,5	0,8	-0,2	0,9
Die Grünen	0,0	-0,6	1,3	3,6	-0,6	-0,1	-1,4	-0,7
FDP	-1,5	-0,6	-2,3	-2,9	3,0	-2,9	-2,8	-1,5
Die Linke	-1,3	-2,7	-0,6	-0,5	-2,9	3,0	-1,1	-1,1
AfD	-1,7	-2,1	-2,5	-2,9	-1,5	-2,0	3,8	-1,2
Piraten	-2,4	-3,0	-2,6	-1,7	-3,1	-2,2	-2,5	-2,0

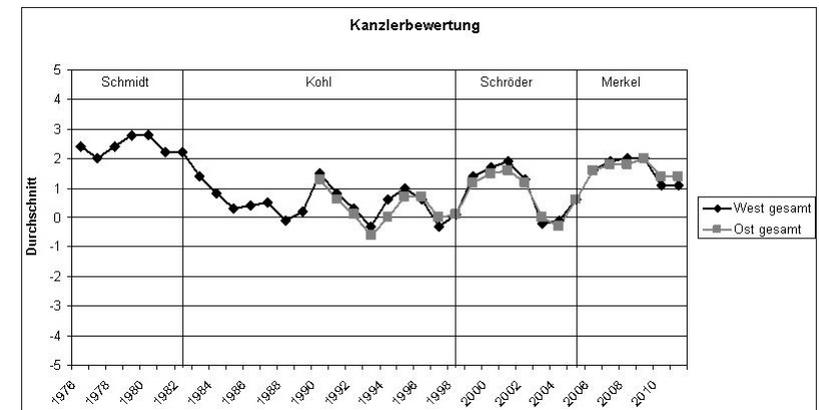
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachwahlumfrage 2013

Beurteilung verschiedener Politiker								
Anhänger von ...								
	Durchschnitt	CDU/CSU	SPD	Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD	k.A., Nichtwähler
Angela Merkel	2,0	3,9	0,7	1,0	3,3	0,7	-0,2	1,4
Peer Steinbrück	0,5	-0,5	2,6	1,4	0,9	0,6	0,7	0,1
Rainer Brüderle	-1,2	-0,4	-2,0	-2,6	1,2	-2,5	-1,6	-1,0
Gregor Gysi	0,1	-1,1	0,6	0,8	-0,7	3,3	-0,2	0,2
Sahra Wagenknecht	-0,8	-1,9	-0,4	-0,2	-2,1	2,1	-0,5	-0,4
Jürgen Trittin	-0,7	-1,7	0,5	1,9	-2,1	-0,2	-2,1	-0,6
Katrin Göring-Eckardt	0,0	-0,7	0,9	2,3	-0,5	0,7	-0,8	-0,3

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Nachwahlumfrage 2013

Normalerweise findet sich dieser Effekt auch bei der Beurteilung der politischen Kandidaten wieder. Doch gibt es von diesem Trend eine Ausnahme: Angela Merkel erhält von (fast) allen Anhängerschaften positive Werte. Insgesamt wird Angela Merkel mit einem Wert von 2,0 wesentlich besser bewertet als alle anderen Spitzenkandidaten. Damit genießt sie auch im Langzeitvergleich außergewöhnlich hohe Sympathien, die sie schon in den Jahren von 2007 bis 2009 aufweisen konnte. 2010 und 2011 sind ihre Sympathiewerte leicht gesunken, verweilen aber immer noch auf einem hohen Niveau. Werte um die 2 sind historisch eher die Ausnahme als die Regel. Frühere Kanzler konnten nur in Ausnahmefällen und selten über einen längeren Zeitraum auf solche Sympathiewerte bauen.

Abbildung 2



Quelle: Politbarometer, eigene Berechnungen

Bei den Bundestagswahlen 1998, 2002 und 2009 gab es unmittelbar nach der Wahl erhebliche Verschiebungen im Meinungsklima. 1998 und 2002 brach die Stimmung gegenüber der SPD ein und 2009 verlor die FDP rasch an Unterstützung. Bei dieser Bundestagswahl ist die politische Stimmung stabil. In Kenntnis des Wahlergebnisses hätten sich nach der Bundestagswahl 77 Prozent der Wahlberechtigten genauso entschieden wie am Wahltag. Von den Wählern der Bundestagsparteien hätten etwa 90 Prozent ihre Partei erneut unterstützt. Von den damaligen FDP-Wählern hätte sich etwa ein Viertel für die Union entschieden. Von den Wählern der Union geben gleichzeitig 5 Prozent an, dass sie bei Kenntnis des Wahlergebnisses nun FDP wählen würden. Diejenigen, die

sich anders entschieden hätten, verteilen sich recht homogen auf alle anderen Parteien. Kurzum: Hätte die Bundestagswahlentscheidung revidiert werden können und es wäre erneut zu einer Abstimmung gekommen, hätte es nur minimale Veränderungen gegeben. Dies hätte eventuell zu einem anderen politischen Ergebnis führen können, doch ist dies rein spekulativ.

Heute andere Wahlentscheidung?	Prozent
Nein	77
CDU/CSU	5
SPD	5
Die Grünen	1
FDP	2
Die Linke	1
AfD	2
Piraten	1

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

1.2. NICHTWÄHLER BEI DER BUNDESTAGSWAHL 2013

Positive Wahlkampfeffekte entfalten in der Gruppe der Nichtwähler eine geringere Resonanz als bei Wählern. Problematisch – wie in allen Umfragen – ist jedoch die Erfassung der Nichtwähler. Generell – so auch hier – ist der Anteil der Nichtwähler in Umfragen immer kleiner als der tatsächliche Anteil bei Wahlen. Der Unterschied beträgt fast immer etwa 10 Prozentpunkte. In dieser Umfrage gaben sich 83 Prozent als Wähler aus. Bei einer Wahlbeteiligung von 71,5 Prozent ist dies ein zu erwartender Unterschied.

Eines der Probleme der Nichtwählerforschung stellt der Effekt des sogenannten „Overreportings“ dar. Danach neigen Befragte mit einem höheren sozialen Status dazu, ihre Wahlbeteiligung zu überschätzen. Für die Nichtwählerforschung, vor allem für die Erfassung der Sozialstruktur, stellt dies ein großes Problem dar.

Nichtwähler unterscheiden sich in ihren Einstellungen deutlich von Wählern. Insgesamt zeigen sie eine größere Distanz zur Politik. Nur für 48 Prozent der Nichtwähler war der Wahlausgang wichtig (Durchschnitt

74 Prozent). Sie werden auch im Rahmen von Kampagnen schwächer involviert. Interesse am Wahlkampf zeigten 28 Prozent der Nichtwähler und 42 Prozent aller Befragten. Politik wird von mehr Nichtwählern als Wählern als zu anstrengend empfunden. So stimmten 46 Prozent der Nichtwähler der Aussage zu „Manchmal ist es mir zu viel, zu verfolgen, was in der Politik passiert“ (Durchschnitt 38 Prozent).

Zusätzlich interessieren sich Nichtwähler generell weniger für Politik als der Durchschnitt der Bevölkerung. Lediglich 26 Prozent der Nichtwähler geben an, sich stark oder sehr stark für Politik zu interessieren (Durchschnitt 43 Prozent). Das allgemeine Desinteresse an Politik führt dann auch dazu, dass Politik von Nichtwählern häufiger als im Durchschnitt als langweilig empfunden wird. Ein Viertel der Nichtwähler stimmen der Aussage zu „Die Themen, mit denen sich die Politik befasst, sind für mich langweilig“ (Durchschnitt 16 Prozent).

Auch die Wahlnorm, also die empfundene Pflicht, zur Wahl zu gehen, ist bei Nichtwählern schwächer ausgeprägt. 79 Prozent aller Wahlberechtigten befürworten die Wahlnorm, bei den Nichtwählern sind es 62 Prozent. Dies korrespondiert mit einem Umfeld, in dem Nichtwählen zumindest unter dem Aspekt der „sozialen Wünschbarkeit“ auch eine größere Akzeptanz findet, da im Umfeld der Nichtwähler insgesamt seltener gewählt wird. So sagen 70 Prozent aller Wahlberechtigten: „Viele meiner Freunde sind zur Bundestagswahl gegangen“. Der entsprechende Anteil bei den Nichtwählern beträgt 59 Prozent. Die Wähler der Union besitzen mit 80 Prozent besonders häufig ein wahlfreundliches Umfeld. Von den Wählern der Linken geben dagegen nur 67 Prozent an, viele ihrer Freunde seien zur Wahl gegangen. Damit liegen die Wähler der Linken zwar deutlich unter den Wählern anderer Parteien (SPD 72 Prozent, Grüne 78 Prozent), aber auch deutlich über den Nichtwählern. Die Wahlteilnahme oder eben Nichtteilnahme scheint gewissermaßen „ansteckend“ zu sein.

Die größere Entfremdung der Nichtwähler gegenüber Parteien, Politik und Politikern zieht sich wie ein roter Faden durch alle Befunde. Daher soll hier nur eine kleine Auswahl dargestellt werden: Während 34 Prozent aller Befragten über keine Parteiidentifikation verfügen, beträgt der Anteil bei den Nichtwählern 64 Prozent. 18 Prozent der Wahlberechtigten trauen keiner Partei die Lösung des für sie relevanten Problems zu, bei den Nichtwählern sind es 27 Prozent. 58 Prozent der Wahlberechtigten

sagen, es gebe immer wieder Politiker, die ihnen gefallen. Bei den Nichtwählern sagen das lediglich 45 Prozent. Und während 52 Prozent aller Wahlberechtigten sogar bei mehreren Parteien inhaltliche Übereinstimmungen finden, gilt dies nur für 43 Prozent der Nichtwähler. Darüber hinaus sind Nichtwähler auch unzufriedener damit, wie sich Deutschland entwickelt. Nur 26 Prozent der Nichtwähler sind mit der Richtung, in die sich Deutschland entwickelt, zufrieden (Durchschnitt 38 Prozent). Besonders zufrieden sind die Wähler der Union mit 61 Prozent. Noch weniger zufrieden als die Nichtwähler sind allerdings die Wähler der Linken (19 Prozent) und der AfD (13 Prozent).

Trifft „voll“ und „ganz/eher zu“ (in Prozent)	Gesamt	Nichtwähler
Politisches Interesse (stark/sehr stark)	43	26
Der Wahlkampf zur Bundestagswahl hat mich sehr interessiert.	42	28
Mir persönlich war es sehr wichtig, wie die Bundestagswahl ausging.	74	48
Für das, was Parteien so machen, interessiere ich mich kaum.	22	25
Manchmal ist es mir einfach zuviel, zu verfolgen, was in der Politik passiert.	38	46
Von den meisten Dingen, um die sich die Politik kümmert, bin ich nicht betroffen.	22	25
Die Themen, mit denen sich die Politik befasst, sind für mich langweilig.	16	24
In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.	79	62
Viele meiner Freunde sind zur Bundestagswahl gegangen.	70	59
Es gibt immer wieder Politiker, die mir gut gefallen.	58	45
Ich finde immer bei mehreren Politikern inhaltliche Punkte, mit denen ich übereinstimme.	52	43

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

1.3. POLITISCHE THEMENWAHRNEHMUNG UND PROBLEMLÖSUNGSKOMPETENZ

In der Nachwahlumfrage konnte jeder Befragte das gegenwärtige wichtigste politische Problem nennen. Im Unterschied zu anderen Umfragen konnte nur ein Problem genannt werden. Die Abfrage erfolgte offen. Bei dieser Abfrageform bestätigen sich die Trends der letzten Jahre. Eine eindeutige Dominanz eines Themas gibt es nicht und die Nennungshäufigkeit bei allen politischen Problemen ist rückläufig. Es gibt eine große Ausdifferenzierung an Themenfeldern, aber anscheinend nichts, was in den Augen einer Mehrheit der Wahlberechtigten dringend auf der politischen Agenda steht. Den höchsten Wert erhält mit einem Anteil von 13 Prozent das Thema Arbeitslosigkeit. Jeweils 8 Prozent der Nennungen entfallen auf die Finanzpolitik/Staatsverschuldung und auf die Eurokrise/den Euro. Fünf Prozent der Befragten erwähnten das Themenfeld soziale Gerechtigkeit. Von jeweils 4 Prozent der Befragten wurden die Probleme: Bildung/Ausbildung, Steuerpolitik, Probleme am Arbeitsmarkt, Energiepolitik/Energiewende, Wirtschaft/Wirtschaftspolitik und Mindestlohn genannt. Alle anderen Themenfelder erhielten unter 4 Prozent der Nennungen.

Trotz dieser heterogenen Gemengelage, entscheiden sich die meisten Befragten für die Union, wenn es um die Problemlösungskompetenz des wichtigsten Themas geht. Hier nennen 36 Prozent die Union, 21 Prozent die SPD und 18 Prozent halten keine Partei für fähig, die genannten Probleme zu lösen. Alle anderen Parteien werden von maximal 5 Prozent der Befragten erwähnt.

Auch wenn man nicht von großen, die Wählerschaft polarisierenden Themen sprechen kann, stellt sich die Frage, ob es so etwas wie eine parteispezifische Themenagenda gibt. Hier zeigt sich, dass die Wählerschaften der Parteien sich zwar im Niveau, nicht aber in der Richtung unterscheiden. Vergleicht man nur die Unionswähler mit allen anderen Befragten, gibt es kaum Abweichungen. Unterschiede von 10 Prozentpunkten und mehr finden sich in einer größeren Zustimmung zu folgenden Aussagen:

- „Heimat gibt mir ein Gefühl der Geborgenheit und Verbundenheit“ (Union 88 Prozent, Durchschnitt 75 Prozent)
- „Nur wer bereit ist, etwas zu leisten, sollte vom Staat unterstützt werden“ (Union 80 Prozent, Durchschnitt 69 Prozent)
- „Ich habe nichts zu verbergen. Da kann der Staat auch meine Daten sammeln“ (Union 46 Prozent, Durchschnitt 36 Prozent)

Von einer spezifischen Agenda innerhalb der Unionswählerschaft kann man also nicht ausgehen. Im Gegenteil: Man kann fast von einer Konsensgesellschaft sprechen, die sich in ihren Werten in großen Teilen einig ist. Dies zeigt sich vor allem an der großen Zustimmung zum Erhalt der Gymnasien, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Akzeptanz des Leistungsprinzips. Auf Ablehnung stoßen die Abschaffung der privaten Krankenkassen sowie des Ehegattensplittings ebenso wie die Aussage, dass der Islam zu Deutschland wie das Christentum gehört. Einig sind sich die Befragten auch in der Ablehnung von Steuererhöhungen.

Insgesamt stimmt nur eine Minderheit Steuererhöhungen zu. Nur 11 Prozent der Befragten haben eine positive Meinung gegenüber Steuererhöhungen. Bei den Grünen-Wählern³ ist eine etwas größere Zustimmung sichtbar, sie fällt mit 26 Prozent aber auch eher bescheiden aus. Anzumerken ist, dass keine der Parteien, die sich im Wahlprogramm für Steuererhöhungen aussprachen, auf die Unterstützung ihrer Wähler in dieser Frage bauen konnte. Von den SPD-Wählern sprachen sich 16 Prozent und von den Wählern der Linken 18 Prozent für Steuererhöhungen aus.

In der Grünen-Anhängerschaft findet das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit mehrheitlich Unterstützung. So stimmen 61 Prozent der Grünen-Wähler der Aussage zu „Wer mehr leistet, dem sollte es auch deutlich besser gehen“ (Durchschnitt 77 Prozent). Andererseits verteidigen die Grünen-Wähler (am stärksten von allen) das Prinzip der leistungsfreien staatlichen Unterstützung. So stimmen 40 Prozent der Grünen (Durchschnitt 69 Prozent) der Aussage zu „Nur wer bereit ist, etwas zu leisten, sollte auch vom Staat unterstützt werden“. Offen bleibt, welche Assoziation die Grünen-Wähler hier hatten (z.B. bedingungsloses Grundeinkommen, Hartz-IV-Sätze, BAföG, Mindestrente, Nachhilfe, Unterstützung von Initiativen).

Im weitgehenden Konsens mit den Wählern anderer Parteien, wenn auch auf einem anderen Niveau, stehen die Grünen mit ihrer Haltung, dass an staatlichen Leistungen nicht gespart werden soll. Hierfür könnten sich gerade einmal 9 Prozent der Grünen-Wähler und 22 Prozent aller anderen Wahlberechtigten erwärmen.

In drei Feldern unterscheiden sich die Grünen-Wähler sehr stark von der wahlberechtigten Bevölkerung: der Zustimmung zu einer leistungsfreien staatlichen Unterstützung (-29 Punkte), antiautoritären Erziehungsstilen (-26 Punkte) und der Vermeidung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln beim Einkauf (+21 Punkte). Überdurchschnittlich ist mit 48 Prozent der Anteil der Grünen-Wähler, die der Ansicht sind, dass der Islam heute zu Deutschland wie das Christentum gehört (+19 Punkte über dem Durchschnitt) und besonders gering fällt die Ablehnung in Bezug auf das Aufwachsen von Kindern in einer Homoehe aus (Grüne 9 Prozent; Bevölkerung 26 Prozent). Bei einigen Themen, die auch in der Bevölkerung bereits auf eine sehr große Zustimmung stoßen, findet sich bei den Grünen eine fast einheitliche Meinung. Während 79 Prozent aller Wahlberechtigten dafür sind, dass Bio-Lebensmittel aus der Region kommen sollen, findet diese Aussage bei den Grünen einen Zustimmungswert von 93 Prozent. Mit 78 Prozent gibt es auch in der Bevölkerung kaum Zweifel, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien für Deutschlands Zukunft wichtig ist, bei den Grünen beträgt die Zustimmung 97 Prozent.

In den meisten Themenfeldern unterscheidet sich zwar das Niveau, aber nicht die Tendenz. Wenn eine Mehrheit/Minderheit der Bevölkerung sich für oder gegen ein Thema ausspricht, dann ist das auch bei den Grünen so. So sind z.B. 65 Prozent aller Bürger für ein Verbot der Massentierhaltung und bei den Grünen sind es 77 Prozent. 67 Prozent der Grünen-Wähler sind für den Erhalt von Gymnasien, in der Bevölkerung beträgt der Anteil 84 Prozent. Nur eine Minderheit von 19 Prozent ist für die Abschaffung des Ehegattensplittings und auch bei den Grünen (bei denen dies Teil des Wahlprogramms war) findet sich nur bei 34 Prozent Unterstützung (siehe Tabelle Seite 20).

Trifft „voll“ und „ganz/eher zu“ (in Prozent)	Durchschnitt	Union	Grüne
Massentierhaltung sollte grundsätzlich verboten werden.	65	66	77
Um die Menschheit zu ernähren, brauchen wir Massentierhaltung.	17	17	7
Das Jagen von Tieren verurteile ich.	33	34	33
Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für Deutschlands Zukunft wichtig.	78	79	97
Bio-Lebensmittel sollten aus der Region kommen.	79	77	93
Viele technische Neuerungen machen mir Angst.	17	20	11
Ich kaufe keine gentechnisch veränderten Lebensmittel.	54	54	75
Ich habe nichts zu verbergen, da kann der Staat auch meine Daten sammeln.	36	46	19
Heutzutage ist die Jugend einfach respektlos.	33	31	14
Ich bin dagegen, dass Kinder in einer Homoehe aufwachsen.	26	31	9
Das Ehegattensplitting sollte abgeschafft werden.	19	17	34
Private Krankenkassen sollten abgeschafft werden.	36	28	48
Ich bin dafür, dass an staatlichen Leistungen gespart wird.	22	28	9
Ich bin dafür, dass Steuern erhöht werden.	11	7	26
Nur wer bereit ist, etwas zu leisten, sollte vom Staat unterstützt werden.	69	80	40
Wer mehr leistet, dem sollte es auch deutlich besser gehen.	77	80	61
Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muss von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen.	38	47	12
Das Gymnasium sollte erhalten bleiben.	84	91	67
Ich bin gegen den EU-Beitritt der Türkei.	42	50	30
Der Islam gehört heute zu Deutschland wie das Christentum.	28	22	47
Heimat gibt mir ein Gefühl der Geborgenheit und Verbundenheit.	75	88	64

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

1.4. MEDIENNUTZUNG

Nach wie vor ist das Fernsehen das Leitmedium, aus dem die meisten Informationen über die Parteien und den Bundestagswahlkampf bezogen werden. Dies gilt für 49 Prozent der Befragten. Auf dem zweiten Platz liegen die Zeitungen, allerdings nur mit einer Nennungshäufigkeit von 20 Prozent und nur knapp auf dem dritten Platz (mit 16 Prozent) wird das Internet genannt. Radio, persönliche Gespräche oder andere Quellen spielen so gut wie keine Rolle. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede in der Medienpräferenz innerhalb der Anhängerschaften der Parteien. Während über die Hälfte der Unions- und SPD-Wähler das Fernsehen als wichtigste Quelle nennen, liegt der Anteil bei den Grünen-Wählern bei 32 Prozent.

Die Medienpräferenz wird vor allem durch Alter und Bildung bestimmt. Je älter Wähler sind, desto höher ist der Anteil des Fernsehens. Über 60-Jährige nutzen zu 57 Prozent überwiegend das Fernsehen. Für Bildung gibt es einen vergleichbaren Effekt: Wahlberechtigte mit einem niedrigen Bildungsniveau präferieren zu 63 Prozent das Fernsehen.

Bei der Internetnutzung sind die typischen Einflussfaktoren von Alter und Bildung ebenfalls entscheidend: Je jünger und je höher gebildet die Wähler sind, desto höher ist die Internetnutzung. Von den über 60-jährigen Befragten informieren sich gerade einmal 3 Prozent überwiegend aus dem Internet, bei den unter 29-Jährigen sind es 37 Prozent. Auch bei der Bildung ist der Effekt eindeutig: 7 Prozent der Befragten mit einem niedrigen Bildungsniveau beziehen in erster Linie Informationen aus dem Internet. Bei Befragten mit einem hohen Bildungsniveau sind es 30 Prozent.

Die Mediennutzung wird nur geringfügig durch das politische Interesse beeinflusst. Unter den Befragten mit starkem oder sehr starkem politischen Interesse liegt der Anteil der Internetnutzung für politische Informationen mit 21 Prozent nur leicht über dem Durchschnitt. Gleichzeitig nutzen mit 43 Prozent etwas weniger politisch Interessierte das Fernsehen als Hauptquelle. Die Unterschiede sind aber sehr gering. Eine von Ipsos im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung parallel durchgeführte Online-Befragung mittels Online-Access-Panel⁴ zeigt, dass der Anteil der politischen Internetnutzung auch unter den Internet-affinen Teilnehmern mit 17 Prozent nicht höher liegt als bei den telefonisch Befragten. Die

Nähe zum Internet bedeutet folglich nicht automatisch, dass dort auch politische Informationen konsumiert werden. Im Internet kann man politischen Themen wesentlich leichter ausweichen als im Fernsehen, so dass politische Internetnutzung nicht zwingend über die Internetaffinität moderiert wird.

Informationen zum Wahlkampf (in Prozent)	Gesamt	Starkes/sehr starkes politisches Interesse
Aus dem Fernsehen	49	43
Aus der Zeitung	20	23
Aus dem Radio	7	4
Aus dem Internet	16	21
Aus persönlichen Gesprächen	5	4
Aus einer anderen Quelle	3	3

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

Zweifellos wird die Nutzung des Internets in Zukunft zunehmen. Dies sagt allerdings zum einen nichts über die Quellennutzung innerhalb des Netzes aus, die hier nicht eigens untersucht wurde. Zum anderen heißt dies nicht automatisch, dass politische Kommunikation damit eine verbesserte Verbreitung findet. Denn ein Befund der Umfrage ist deutlich: Das Internet ist nicht DAS Medium für Politik. Gefragt, wie häufig das Internet für politische Informationen genutzt wird, geben 53 Prozent an, dies seltener als einmal pro Woche zu nutzen. Eine tägliche Nutzung für politische Informationen findet sich bei 16 Prozent. Aus qualitativen Umfragen, aber auch aus quantitativen Studien ist bekannt, dass auch diese politischen Informationen häufig eher beiläufig wahrgenommen werden, da sie z.B. als Schlagzeile beim E-Mail-Anbieter auftauchen.

Bei der Häufigkeit der Nutzung spielt das politische Interesse eine Rolle. Unter den politisch stark oder sehr stark interessierten Befragten nutzen 41 Prozent das Internet seltener als einmal pro Woche für politische Informationen, 28 Prozent nutzen es täglich. Unter den Befragten der Online-Studie finden sich 26 Prozent tägliche Nutzer. Hier liegt die Nutzungshäufigkeit unter allen Befragten auf dem Niveau der politisch Interessierten der Telefonbefragung. Hier zeigt sich die stärkere Internetaffinität der online Befragten. Besonders häufig wird das Internet aber auch in der Online-Studie von politisch interessierten Befragten

genutzt, unter denen sich bei 47 Prozent eine tägliche Nutzung für politische Informationen findet. Das Internet wird von politisch Interessierten offensichtlich nicht unbedingt als Hauptinformationsquelle genutzt. Dafür nutzen sie es aber deutlich häufiger für politische Informationen als weniger Interessierte. Wenn man berücksichtigt, dass das politische Interesse mit 43 Prozent eher gering ausgeprägt ist, deuten die Ergebnisse auf eine eher maßvolle Reichweite von politischer Internetkommunikation hin.

Nutzungshäufigkeit Internet für politische Informationen (in Prozent)	Gesamt	Starkes/sehr starkes politisches Interesse
Mehrmals täglich	5	9
Täglich	11	19
Mehrmals pro Woche	10	14
Einmal pro Woche	10	9
Seltener	53	41

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

1.5. DIE NUTZUNG DES WAHL-O-MATS

Bevor man am Wahltag sein Kreuzchen macht, muss man wissen, wo man es denn machen will. Immer mehr Wähler entscheiden sich erst wenige Tage vor der Wahl oder sogar erst am Wahltag selbst. Seit 2002 gibt es den Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung, der bei der Entscheidungsfindung helfen soll. Bei der Bundestagswahl 2013 wurde der Wahl-O-Mat 13,2 Millionen Mal gespielt⁵. Das ist die bisher höchste Nutzungszahl bei einer Bundestagswahl (2009: 6,7 Millionen; 2005: 5,2 Millionen; 2002: 3,6 Millionen). Insgesamt wurde der Wahl-O-Mat für Bundestags-, Landtags- und Europawahlen über 39 Millionen Mal gespielt⁶.

Untersuchungen zu den Bundestagswahlen 2005, 2009 und 2013, bei denen die Nutzer des Wahl-O-Mats befragt wurden, zeigen, dass die Nutzer des Wahl-O-Mats überwiegend jung, hoch gebildet und politisch interessiert sind⁷. Damit unterscheiden sie sich vom durchschnittlichen Wähler. In unserer Nachwahlumfrage zur Bundestagswahl 2013 haben wir ebenfalls nach der Nutzung des Wahl-O-Mats gefragt.

Erstaunlich ist dabei vor allem der hohe Bekanntheitsgrad des Wahl-O-Mats. Nur 8 Prozent der Befragten geben an, noch nie vom Wahl-O-Mat gehört zu haben. Selbst unter den Nichtwählern haben lediglich 10 Prozent noch nicht von der Plattform gehört. Gut ein Viertel der Befragten (27 Prozent) hat die Online-Plattform sogar selbst genutzt. Der Wahl-O-Mat wurde häufiger von Männern als von Frauen, von jüngeren als von älteren und von formal höher als von niedriger gebildeten Befragten gespielt. Das ist in Einklang mit den Untersuchungen von Stefan Marschall. Zusätzlich nutzen Arbeiter diese Online-Hilfe mit nur 13 Prozent deutlich seltener. Sie geben stattdessen überdurchschnittlich häufig an, noch nie vom Wahl-O-Mat gehört zu haben (14 Prozent). Nicht berufstätige Befragte nutzen die Entscheidungshilfe hingegen deutlich überdurchschnittlich. Jeder zweite nicht berufstätige Befragte hat den Wahl-O-Mat gespielt. Ein Grund hierfür liegt sicherlich darin, dass sich in der Kategorie „nicht berufstätig“ auch Schüler und Studenten und damit eher junge Menschen befinden.

Die Wähler der meisten Parteien haben den Wahl-O-Mat durchschnittlich oft genutzt. Einzig die Wähler der Grünen waren deutlich fleißiger bei der Entscheidungsfindung mittels Wahl-O-Mat. 50 Prozent der Grünen-Wähler haben sich von diesem Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung in ihrer Wahlentscheidung beraten lassen. Ähnlich verhält es sich mit der Parteineigung. Die Anhänger der Grünen nutzen die Online-Hilfe überdurchschnittlich häufig. Die Anhänger von CDU und CSU spielten den Wahl-O-Mat dagegen seltener als der Durchschnitt. Das kann an der unterschiedlichen Alters- und Bildungsstruktur der Anhänger und der Nutzer liegen. Die Wähler der Alternative für Deutschland wiederum haben den Wahl-O-Mat mit 37 Prozent häufiger verwendet als der Durchschnitt. Nichtwähler dagegen nutzen den Wahl-O-Mat mit 15 Prozent unterdurchschnittlich häufig.

Von denjenigen, die den Wahl-O-Mat genutzt haben, sind 43 Prozent von seinem Ergebnis überrascht. Sie finden sich offenbar nicht bei der Partei wieder, bei der sie sich verortet hätten. Bei den Wählern der SPD fällt der Überraschungseffekt mit nur 34 Prozent unterdurchschnittlich aus. Von den Wählern von CDU/CSU ist dagegen jeder zweite Wahl-O-Mat-Nutzer über das Ergebnis erstaunt. Zusätzlich wurde jede zweite Frau überrascht. Das trifft nur auf 37 Prozent der Männer zu.

Doch wie sieht es mit der eigentlichen Funktion des Wahl-O-Mats, eine Orientierungshilfe zu bieten, aus? 32 Prozent der Nutzer hat das Ergebnis bei der Wahlentscheidung nach eigener Angabe geholfen. Dieser Wert ist verglichen mit früheren Bundestagswahlen eher niedrig. Bei der Bundestagswahl 2005 gaben 40 Prozent an, das Ergebnis sei hilfreich gewesen⁸. Bei der Bundestagswahl 2009 waren es sogar 46,1 Prozent⁹.

Auch wenn 32 Prozent der Nutzer ihr Ergebnis hilfreich fanden, heißt das nicht, dass sie ihre Entscheidung geändert haben. Nur 5 Prozent der Nutzer der Online-Hilfe haben durch das Ergebnis ihre Wahlentscheidung geändert. Bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009 lag der Wert mit 6,3 und ca. 8 Prozent etwas höher¹⁰. Allerdings handelt es sich dabei um Absichtserklärungen vor der Wahl. Es ist anzunehmen, dass die tatsächliche Quote auch bei den Wahlen 2005 und 2009 niedriger lag. Die relativ große Überraschung über eine nicht erwartete Nähe zu Parteien führt nicht zu Meinungsänderungen im selben Ausmaß.

Ziel des Wahl-O-Mats war es, die Wahlbeteiligung junger Wähler zu erhöhen¹¹. Ob dies gelungen ist, kann nicht geklärt werden. Es ist durch den Wahl-O-Mat allerdings gelungen, junge Leute dazu zu bewegen, sich mit den kommenden Wahlen zu beschäftigen. Jeder zweite Jungwähler zwischen 18 und 29 Jahren hat im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 den Wahl-O-Mat genutzt. Insgesamt nutzten ihn ein Viertel der Befragten. Gleichzeitig fand aber die Mehrheit der Nutzer das Ergebnis nicht hilfreich und kaum ein Befragter hat seine Meinung aufgrund des Ergebnisses geändert. Marschall kommt zu dem Ergebnis, dass der Wahl-O-Mat vorrangig genutzt wird, „um die eigenen politischen Positionen mit denen der [...] nahestehenden Partei abzugleichen“¹². Er dient folglich eher zur Bestätigung der eigenen Positionen und Präferenzen gebildeter und politisch interessierter junger Menschen und kaum zur Orientierung politisch weniger affiner Jugendlicher.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Dies soll keine Kritik sein. Eine Bestätigung der eigenen Positionen ist von großer Bedeutung. Junge Menschen setzen sich mit Hilfe des Wahl-O-Mats mit Politik auseinander und werden in ihren Ansichten gefestigt. Von politisch desinteressierten jungen Wählern zu erwarten, sich aktiv mit Politik auseinanderzusetzen, wäre wohl eine zu hohe Erwartung an ein Online-Spiel.

Nutzung des Wahl-O-Mats	Prozent
Haben Sie den Wahl-O-Mat genutzt?	
- Ja	27
- Nein	64
- Noch nie davon gehört	8
Ergebnis hat überrascht	43
Ergebnis hat bei der Wahlentscheidung geholfen	32
Habe aufgrund des Ergebnisses meine Meinung geändert	5

1.6. KIRCHENBINDUNG

Die Kirchenbindung gilt als Indikator für Religiosität und damit verbundene Werte und Einstellungen. Traditionell wird die Kirchenbindung über die Kirchengangshäufigkeit, also wie häufig die Menschen in die Kirche gehen, gemessen. Langfristige Trends zeigen jedoch, dass die Kirchengangshäufigkeit in Westdeutschland seit Mitte der 1970er Jahre deutlich zurückgegangen ist. In Ostdeutschland gehen die Menschen insgesamt eher selten in die Kirche¹³. Fraglich ist dabei, ob mit der schwindenden Kirchengangshäufigkeit auch der Glaube nachlässt. Daher haben wir in unserer Umfrage eine alternative Messung entwickelt und getestet. Wir haben die Identifikation mit dem katholischen bzw. evangelischen Glauben mit Hilfe einer Skala von 0 bis 100 erhoben.

Der Anteil der Katholiken liegt in unserer Umfrage bei 30,3 Prozent. 35 Prozent der Befragten gehören dem evangelischen Glauben an, während 29 Prozent keiner Konfession angehören. Damit sind Protestanten in unserer Umfrage leicht überrepräsentiert. Ende 2011 lag der Anteil der evangelischen Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung bei 28,9 Prozent¹⁴. Der Anteil der Katholiken lag 2012 bei 30,3 Prozent¹⁵. Konfessionslos waren im Jahr 2010 33,1 Prozent der Bevölkerung¹⁶. Damit sind Konfessionslose in unserer Umfrage leicht unterrepräsentiert. Die geringen Verzerrungen können daran liegen, dass in unserer Umfrage nur die wahlberechtigte Bevölkerung befragt wurde, sich die offiziellen Mitgliederzahlen aber auf die gesamte Bevölkerung beziehen.

Befragt wurden hier nur Personen, die entweder katholisch oder evangelisch sind. Im Mittel stufen die Befragten ihre Identifikation mit dem katholischen Glauben bei 50,7 ein. Die Wähler der Union (58,6) fühlen sich stärker mit dem katholischen Glauben verbunden als die Wähler der

SPD (44,7). Nichtwähler weisen eine noch schwächere Bindung auf mit einem Mittel von 42,7. Für alle anderen Parteiwähler sind die Fallzahlen zu niedrig. Frauen (52,9) haben eine stärkere Bindung als Männer (47,9). Zudem nimmt die Verbundenheit mit dem katholischen Glauben mit zunehmendem Alter zu. Die unter 30-Jährigen stufen ihre Verbundenheit im Mittel mit 38,6 ein, während sich die über 60-Jährigen bei 60,8 verorten. Ein Abgleich mit der klassischen Kirchengangshäufigkeit offenbart, dass sie stark mit der Glaubensidentifikation korreliert. Mit steigender Kirchengangshäufigkeit steigt auch die Identifikation mit dem katholischen Glauben. Diejenigen Katholiken, die mindestens monatlich in die Kirche gehen, stufen sich auf der Skala von 0 bis 100 im Mittel bei 73,6 ein. Katholiken, die nie den Gottesdienst besuchen, verorten sich dagegen bei 26,3.

Protestanten identifizieren sich im Mittel mit 57,0 stärker mit ihrem Glauben als Katholiken. Die Wähler der Union fühlen sich auch mit dem evangelischen Glauben mit 63,7 stärker verbunden als die Wähler der SPD mit 55,5. Erneut weisen Frauen (62,5) im Mittel eine stärkere Bindung auf als Männer (50,1). Auch bei den Protestanten steigt die Bindung an ihren Glauben mit zunehmendem Alter. Unter 30-Jährige verorten sich im Mittel bei 40,5, über 60-Jährige bei 67,8. Zudem gibt es auch beim evangelischen Glauben wieder eine starke Korrelation mit der Kirchengangshäufigkeit. Die Identifikation mit dem evangelischen Glauben steigt mit häufigeren Kirchenbesuchen. Protestanten, die mindestens monatlich zur Kirche gehen, ordnen sich im Mittel bei 81,1 ein. Evangelische Befragte, die nie zur Kirche gehen, verorten sich dagegen im Mittel bei 46,4.

Katholische Befragte gehen häufiger in die Kirche als evangelische Befragte. Unter den Katholiken geben 29 Prozent an, mindestens einmal im Monat zur Kirche zu gehen. Das gilt nur für 16 Prozent der evangelischen Befragten. Der Kirchengang war schon in den 1980er Jahren unter Protestanten deutlich schwächer ausgeprägt als unter Katholiken. Langfristige Trends zeigen, dass die sinkende Kirchengangshäufigkeit vor allem ein katholisches Phänomen ist, da die Protestanten noch nie besonders häufig zur Kirche gegangen sind¹⁷. Dennoch fühlen sich letztere ihrem Glauben enger verbunden als erstere. Selbst diejenigen Protestanten, die nie in die Kirche gehen, fühlen sich mit einem Mittelwert von 46,4 ihrem Glauben stärker verbunden, als Katholiken, die nie zur Kirche gehen (26,3). Offensichtlich misst der Kirchengang bei Protestanten nicht dasselbe wie bei Katholiken. Protestanten glauben stärker, ohne eine ritualisierte

Bindung an die Kirche zu besitzen, während Katholiken selbst mit einem schwächer ausgeprägten Glauben eine stärkere Ritualisierung ihrer Religiosität aufweisen.

Für unsere getestete Glaubensskala zeigen die Befunde, dass sie gut mit der Kirchengangshäufigkeit korreliert und somit ebenfalls als Indikator für Kirchenbindung verwendet werden kann. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass Kirchenbindung und Glaubensbindung nicht zwingend identisch sind. Sie korrelieren miteinander, sind aber nicht gleichzusetzen. Daher stellt unsere Skala keinen Ersatz, sondern eher eine Ergänzung der klassischen Kirchengangshäufigkeit dar.

Identifikation mit dem ... Glauben (in Prozent)	katholisch	evangelisch
0-20	23	19
21-40	10	9
41-60	30	26
61-80	20	21
81-100	14	22
Durchschnitt/Mittelwert	50,7	57,0

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Nachwahlumfrage 2013.

- 1| *Darin war auch eine Überquote von 500 Wählern der Grünen enthalten.*
- 2| *Aufgrund des geänderten Wahlrechts, ist ein Vergleich zu früheren Umfragen nicht möglich.*
- 3| *Um eine entsprechend große Fallzahl bei den Grünen für Analysen zu erhalten, wurde die Stichprobe auf 500 Fälle erweitert.*
- 4| *Vgl. Viola Neu/Sabine Pokorny, 2014 (im Erscheinen), „Wer nicht fragt, bleibt dumm“. Online- und Telefonumfragen im Vergleich, Sankt Augustin/Berlin.*
- 5| *<http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/wahl-o-mat/was-ist-der-wahl-o-mat/#c34155> [Zugriff am 17.07.2014]*
- 6| *<http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/177430/die-nutzer-des-wahl-o-mat> [Zugriff am 17.07.2014]*
- 7| *Vgl. Stefan Marschall, 2005, Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2005, S. 41-46; Stefan Marschall, 2011, Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2011, S. 40-46; Stefan Marschall, Wahl-O-Mat. Bundestagswahl 2013. Erste Ergebnisse der Online-Befragung. Ergebnispräsentation abgerufen auf <http://www.phil-fak.uni-duesseldorf.de/wahl-o-mat/online-befragungen/> [Zugriff am 17.07.2014]*
- 8| *Vgl. Stefan Marschall, 2005, Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2005, S. 41-46.*
- 9| *Vgl. Stefan Marschall, 2011, Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2011, S. 40-46.*
- 10| *Vgl. für die BTW 2005: Stefan Marschall, 2005, Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2005, S. 41-46; und für die BTW 2009: Stefan Marschall, 2011, Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2011, S. 40-46.*
- 11| *Vgl. Stefan Marschall, 2005, Idee und Wirkung des Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51-52/2005, S. 42.*
- 12| *Vgl. Stefan Marschall, 2011, Wahlen, Wähler, Wahl-O-Mat, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 4/2011, S. 45.*
- 13| *Vgl. Sabine Pokorny, 2013, Mit 60 fängt das Wählen an. Das Wahlverhalten der älteren Generation. Sankt Augustin/Berlin, S. 41 f.*
- 14| *Evangelische Kirche in Deutschland, 2012, Kirchenmitgliederzahlen am 31.12.2011, S. 6; abgerufen unter www.ekd.de/download/kirchenmitglieder_2011.pdf [Zugriff am 24.07.2014]*
- 15| *<http://www.dbk.de/katholische-kirche/katholische-kirche-deutschland/> [Zugriff am 24.07.2014]*
- 16| *<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61565/kirche> [Zugriff am 24.07.2014]*
- 17| *Sigrid Roßteutscher, 2011, Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung, in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 45, S. 116.*

2. DIE EUROPAWAHL 2014

Seit der ersten Europawahl folgt das Wahlverhalten eigenen Mustern, welche in einer Analyse von Karlheinz Reif und Hermann Schmitt¹ bereits 1980 herausgearbeitet wurden. Mittlerweile hat der Begriff der „Second-Order-Election“ oder Nebenwahl seinen Einzug in die Öffentlichkeit gehalten. In Deutschland könnte man auch von „Fourth-Order-Elections“ sprechen, da selbst Kommunalwahlen für wichtiger gehalten werden. Dies gilt auch bei der Wahl von 2014. Dem Europaparlament wird in einer Nachwahlumfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Europawahl² weniger Bedeutung beigemessen als anderen Parlamenten. Allerdings werden auch Landtagswahlen in der Regel als nachrangige Wahlen bezeichnet, die nicht dieselbe Bedeutung besitzen wie Bundestagswahlen. Das scheint sich aber nicht auf die wahrgenommene Bedeutung der dort gefällten Entscheidungen auszuwirken. Bundestag, Landtag und sogar Gemeinderat/Stadtrat werden etwa gleich wichtig eingestuft. Für sehr wichtig/wichtig halten 80 Prozent die Entscheidungen im Bundestag, 79 Prozent die Entscheidungen im Landtag und 76 Prozent die Entscheidungen im Gemeinderat/Stadtrat. Die Entscheidungen im Europaparlament halten dagegen nur 59 Prozent der Befragten für wichtig oder sehr wichtig. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Wählern und Nichtwählern. Nichtwähler messen allen Parlamenten weniger Bedeutung bei als Wähler. Die Entscheidungen des Bundestages halten 67 Prozent der Nichtwähler für wichtig. 68 Prozent finden Entscheidungen des Landtages wichtig und 65 Prozent die Entscheidungen des Gemeinde-

oder Stadtrates. 46 Prozent der Nichtwähler messen dem Europaparlament eine wichtige Bedeutung bei.

Zwischen den Wählern der verschiedenen Parteien gibt es nur wenige Unterschiede. Die AfD-Wähler empfinden die Entscheidungen des Landtages und des Gemeinderates als weniger wichtig als die Wähler der anderen Parteien. Dem Gemeinde- oder Stadtrat messen AfD-Wähler so wenig Bedeutung bei, dass sie sich nicht von den Nichtwählern unterscheiden. Die Wähler der Grünen hingegen bewerten das Europaparlament überdurchschnittlich häufig als wichtig.

Wichtigkeit von Parlamenten (sehr wichtig/wichtig)	Ins-gesamt	CDU/CSU	SPD	Die Grünen	Die Linke	AfD	Nicht-wähler
Entscheidungen im Bundestag	80	88	88	88	87	84	67
Entscheidungen im Europaparlament	59	61	66	72	63	66	46
Entscheidungen im Landtag des jeweiligen Bundeslandes	79	87	86	84	85	76	68
Entscheidungen im Gemeinderat/Stadtrat	76	83	84	79	78	66	65

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2014; Wähler der FDP sind nicht aufgeführt, da die Fallzahl zu niedrig ist.

Da Europawahlen eine geringere Bedeutung als nationalen Wahlen zugeschrieben wird, weicht das Wahlverhalten von nationalen Wahlen erheblich ab. Bei jeder Europawahl kann über Denkmittelwahlen berichtet werden, unter denen die Partei des jeweiligen Regierungschefs zu leiden hat. Am stärksten tritt dieser Effekt in der Mitte der Legislaturperiode der nationalen Regierung auf. Zudem bleiben die Wahlbeteiligungen zum Teil sehr deutlich unterhalb des Niveaus der nationalen Wahlen. Dies Ganze ist verbunden mit größerer Experimentierfreudigkeit, wovon häufig Protestparteien profitieren. Der einmalige Einzug der Republikaner in das Europaparlament 1989 (mit 7,1 Prozent der Stimmen) wird in Deutschland als typisches Protestwahlverhalten interpretiert. Gelegentlich taucht auch der Begriff der Ventilfunktion auf. Auch dass die kleineren Parteien zusammen auf etwa zweistellige Ergebnisse kommen, ist für Europawahlen in Deutschland nicht ungewöhnlich. Ein Einzug einer populistischen

schen Partei in das Europaparlament hat jedoch meist keine Relevanz für die nationalen Parlamente. Europakritische Parteien haben es somit leicht, in das Europaparlament einzuziehen, auf der nationalen Ebene gelingt es ihnen hingegen nur sehr schwer, vom Europaskeptizismus zu profitieren.

Gleichermaßen kämpfen Europawahlen gegen ein recht weit verbreitetes Desinteresse in der Bevölkerung an. Rückschlüsse von Europawahlen auf die nationale Ebene sind daher nicht tragfähig. Zu sehr folgen diese Wahlen ihren eigenen Gesetzen. Dies kann – im Großen und Ganzen – für alle europäischen Länder festgestellt werden.

Nach der ersten Europawahl 1979 haben sich viele Images gebildet, welche die Wahrnehmung der europäischen Ebene bis heute prägen. Obwohl das Parlament mittlerweile fast alle parlamentarischen Rechte erhalten hat, fristet es in der Bedeutungswahrnehmung ein Nischendasein. Das europäische Mehrebenen-system bietet den Menschen nicht die leicht verstehbare und verständliche Konfrontation von Opposition und Regierung und somit ein Mittel, politische Positionen zuordnen zu können.

Die Wähler orientieren sich bei Europawahlen traditionell stärker an bundespolitischen Fragen als an europapolitischen Auseinandersetzungen. Allerdings gibt es im Vergleich zu früheren Wahlen eine kleine Verschiebung zugunsten von europapolitischen Motiven. Während 2004 und 2009 ca. 60 Prozent die Bundespolitik als maßgeblich nennen, sind es 2014 54 Prozent (Infratest dimap). Vielleicht ist es noch zu früh, von einer Trendwende zu sprechen, aber auch die leicht gestiegene Wahlbeteiligung weist in die Richtung einer etwas größeren wahrgenommenen Relevanz der EU.

Gleichwohl stellt die Forschungsgruppe Wahlen fest: „Mit gewohnt schwacher Beteiligung, besonderen Nebenwahl- und Mobilisierungseffekten, kaum Parteien- und Personenwettbewerb, sowie ohne koalitions-taktische Wahlmotive und neuerdings ohne Sperrhürde bleibt die Europawahl ein Unikat“, schreibt die Forschungsgruppe in ihrer Europawahlanalyse (Forschungsgruppe Wahlen, Europawahl, 25. Mai 2014).

2.1. WAHLBETEILIGUNG UND WÄHLERPOTENZIALE

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat analog zur Bundestagswahl direkt im Anschluss an die Europawahl eine Nachwahlbefragung durchgeführt³.

Der bei der Bundestagswahl 2013 gefundene Effekt des „Overreportings“ um etwa 10 Prozentpunkte zeigt sich auch bei der Europawahl. Diesmal ist dieser Effekt aber ungewöhnlich stark ausgeprägt. 69 Prozent der Befragten geben an, zur Wahl gegangen zu sein. Bei einer tatsächlichen Wahlbeteiligung von 48,1 Prozent liegt die Diskrepanz zur berichteten Wahlbeteiligung bei etwa 20 Prozentpunkten. Und das, obwohl wir die Wahlbeteiligung sehr differenziert erhoben haben. 12 Prozent geben an, nicht gewählt zu haben. 6 Prozent haben nach eigener Angabe darüber nachgedacht zu wählen, es dann aber nicht getan. 12 Prozent behaupten von sich, normalerweise wählen zu gehen, sich dieses Mal aber nicht beteiligt zu haben. Sie zählen sich nicht zu den Nichtwählern, sondern verorten sich emotional eher bei den Wählern, auch wenn sie bei dieser Europawahl keine Stimme abgegeben haben.

Die Wahlbeteiligung zeigt die klassischen Muster, die jedoch aufgrund des starken „Overreportings“ vorsichtig zu interpretieren sind. Die berichtete Wahlbeteiligung steigt mit zunehmendem Alter, mit steigendem Bildungsniveau und mit höherem politischem Interesse.

Von denjenigen, die angeben, zur Wahl gegangen zu sein, haben 24 Prozent per Briefwahl gewählt⁴. Mit steigendem Alter nimmt auch der Anteil der Briefwähler zu. Von den unter 30-Jährigen haben 19 Prozent von der Briefwahl Gebrauch gemacht, während dies für 31 Prozent der über 60-Jährigen gilt. Die Briefwähler verteilen sich etwa gleich auf alle Parteien. Lediglich die Wähler der Linken nutzen mit 16 Prozent seltener die Möglichkeit zur Briefwahl und gehen lieber ins Wahllokal. Auch das politische Interesse beeinflusst die Nutzung der Briefwahl bei der Europawahl. Mit sinkendem politischem Interesse nimmt der Anteil der Briefwähler ab. 27 Prozent der Befragten mit starkem oder sehr starkem politischem Interesse haben per Briefwahl gewählt. Von den weniger oder überhaupt nicht politisch Interessierten zählen sich nur 17 Prozent zu den Briefwählern.

Ein regelmäßiger Befund der Wahlforschung zeigt eine stärkere Volatilität des Wahlverhaltens. Es gibt immer mehr Wechselwähler und der Zeitpunkt der Wahlentscheidung liegt immer später⁵. Auch bei der Europawahl hätte sich etwa die Hälfte der Wähler vorstellen können, auch eine andere Partei zu wählen. Damit liegt dieser Anteil etwas höher als bei der Bundestagswahl, bei der 41 Prozent der Befragten eine Zweitpräferenz angegeben haben. Bei der Europawahl weisen mit 73 Prozent besonders viele unter 30-Jährige eine Zweitpräferenz auf. Auch Wähler mit höherem formalem Bildungsabschluss können sich überdurchschnittlich häufig die Wahl einer anderen Partei vorstellen. Das ist konsistent mit der Umfrage zur Bundestagswahl. Die Wähler der meisten Parteien liegen etwa im Mittel. Lediglich die Wähler der Grünen hätten sich zu 60 Prozent häufiger als der Durchschnitt vorstellen können, auch eine andere Partei zu wählen.

Alternativ hätten sich 26 Prozent vorstellen können, CDU/CSU zu wählen. 27 Prozent hätten sich auch für die SPD entscheiden können. Im Vergleich zur Bundestagswahl wäre für mehr Menschen die Wahl einer der beiden Volksparteien in Frage gekommen. Das könnte ein Effekt der Großen Koalition sein. Die Grünen werden dagegen mit 17 Prozent bei der Europawahl seltener als Alternative wahrgenommen als bei der Bundestagswahl. Die FDP wird mit 7 Prozent etwa gleich häufig genannt. Je 6 Prozent nennen als Alternativen die Linke und die AfD.

Betrachtet man die alternative Wahlabsicht nach Wählern der verschiedenen Parteien, fällt eine recht hohe potenzielle Wechselbereitschaft nicht nur innerhalb, sondern auch zwischen den Lagern auf. Von den Wählern der Union hätten sich 51 Prozent auch vorstellen können, die SPD zu wählen. 17 Prozent hätten ihre Stimme auch der FDP geben können. Unter den Wählern der SPD finden sich 43 Prozent potenzielle CDU/CSU-Wähler sowie 35 Prozent mögliche Grünen-Wähler. Im Unterschied zur Bundestagswahl ist die Wechselbereitschaft zwischen Union und SPD deutlich stärker ausgeprägt. Auch das könnte ein mögliches Ergebnis der Großen Koalition im Bund sein.

Von den Grünen-Wählern, die sich auch die Wahl einer anderen Partei vorstellen könnten, hätten sich 19 Prozent für die Union entschieden und 65 Prozent für die SPD. Von den Wählern der AfD hätte sich die Hälfte auch die Wahl einer anderen Partei vorstellen können. Die absolute Fallzahl ist nicht sehr hoch, daher sind die folgenden Befunde vorsichtig

zu interpretieren⁶. 44 Prozent der AfD-Wähler mit alternativer Wahlabsicht hätten sich die Wahl der Union vorstellen können. Gleichzeitig hätten sich 19 Prozent für die Linke entschieden. Jeweils 8 Prozent hätten sich auch vorstellen können, Republikaner oder NPD zu wählen. Bei aller Vorsicht aufgrund der geringeren Fallzahl legen diese Daten zumindest nahe, dass die AfD ein Auffangbecken für Wähler unterschiedlichster Couleur ist.

Alternative Partei	Prozent
CDU/CSU	26
SPD	27
FDP	7
Die Linke	6
Die Grünen	17
AfD	6

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2014

2.2. POLITISCHE EINSTELLUNGEN UND PROBLEMLÖSUNGSKOMPETENZEN

Neben dem Wahlverhalten haben wir in unserer Umfrage auch Einstellungen zur Europawahl erhoben. Anders als bei der Bundestagswahl bewegt sich lediglich eine Minderheit in einem wahlfreudigen Umfeld. 41 Prozent stimmen der Aussage zu „Viele meiner Freunde sind zur Europawahl gegangen“ (Bundestagswahl: 70 Prozent). Hier spiegelt sich die geringere Wahlbeteiligung wider. Offensichtlich ist es sozial weniger problematisch, bei der Europawahl nicht ins Wahllokal zu gehen als bei der Bundestagswahl.

Frauen bewegen sich häufiger in einem wahlfreudigen Umfeld als Männer. Zusätzlich steigt der Anteil derjenigen, deren Freunde zur Wahl gegangen sind, mit steigendem formalem Bildungsabschluss. Unter den Parteiwählern stechen die Wähler der Union, der SPD und der Grünen hervor, weil sie überdurchschnittlich oft von Freunden umgeben sind, die an der Europawahl teilgenommen haben. 49 Prozent der Unions-Wähler, 51 Prozent der SPD-Wähler und 56 Prozent der Grünen-Wähler geben an, viele ihrer Freunde seien zur Wahl gegangen. Die Wähler der Linken liegen etwa im Durchschnitt, während die Wähler der AfD eher wahlferne Freunde besitzen. Lediglich 32 Prozent der AfD-Wähler sagen, viele

Freunde hätten an der Wahl teilgenommen. Noch geringer ist der Wert mit 25 Prozent lediglich bei den Nichtwählern, die sich offenbar in einem Umfeld bewegen, in dem Nichtwahl eine akzeptierte Alternative darstellt.

Das Interesse am Wahlkampf ist bei der Europawahl noch geringer ausgeprägt als bei der Bundestagswahl. Nur etwa ein Viertel der Befragten hat sich sehr für den Wahlkampf zur Europawahl interessiert (Bundestagswahl: 42 Prozent). Etwas höher ist das Interesse am Wahlkampf unter den über 60-Jährigen sowie unter den Befragten mit abgeschlossenem Hochschulstudium mit jeweils 33 Prozent. Die Parteiwähler weisen durchweg ein leicht höheres Interesse am Wahlkampf auf als der Durchschnitt. Nichtwähler zeichnen sich erneut durch eine gewisse Ferne zur Politik aus. Nur 13 Prozent haben sich für den Wahlkampf interessiert.

Trotz des eher geringen Interesses am Wahlkampf, war gut der Hälfte der Befragten der Ausgang der Europawahl wichtig. Aber auch hier liegt der Wert mit 53 Prozent deutlich unter dem Wert zur Bundestagswahl, deren Ausgang für 74 Prozent der Befragten wichtig war. Die Wichtigkeit des Ausgangs der Europawahl steigt mit zunehmendem Alter sowie mit höheren Bildungsabschlüssen. Erneut war Parteiwählern der Ausgang der Europawahl überdurchschnittlich häufig wichtig, wohingegen Nichtwähler nur zu 23 Prozent angeben, dass ihnen wichtig war, wie die Europawahl ausgeht.

58 Prozent der Befragten sind der Meinung, „Angela Merkel vertritt Deutschland in Europa alles in allem gut“. Frauen fühlen sich mit 63 Prozent häufiger von Angela Merkel gut vertreten als Männer mit 54 Prozent. Erwartungsgemäß fühlen sich vor allem die Wähler der Union gut durch Angela Merkel vertreten. 90 Prozent der Wähler von CDU/CSU stimmen der Aussage zu. Aber auch über die Hälfte der Wähler der SPD (56 Prozent) und der Grünen (53 Prozent) sind der Ansicht, Merkel vertrete Deutschland gut in Europa. Weniger gut vertreten fühlen sich lediglich die Wähler der Linken (37 Prozent) und der AfD (28 Prozent). Sogar die Nichtwähler meinen zu 50 Prozent, Merkel vertrete Deutschland gut in Europa.

Über die unterschiedlichen Ziele der Parteien zu Europa ist die Mehrheit der Befragten nach eigener Aussage nicht gut informiert. Lediglich 38 Prozent geben an, die Ziele der Parteien zu Europa zu kennen. Das

Wissen unterscheidet sich nicht nennenswert zwischen den Altersgruppen. Dafür sind Männer mit 45 Prozent besser informiert als Frauen (32 Prozent). Zudem steigt die Kenntnis über die europapolitischen Positionen mit steigendem Bildungsabschluss. Während 30 Prozent der Hauptschüler die Ziele der Parteien kennen, gilt dies für 51 Prozent der Befragten mit Studienabschluss. Zwischen den Parteianhängern zeigen sich interessante Differenzen. Während die Wähler der Union (39 Prozent) und der SPD (42 Prozent) etwa durchschnittlich gut informiert sind, kennen sich die Wähler der Grünen (45 Prozent), der Linken (51 Prozent) und der AfD (53 Prozent) nach eigener Angabe überdurchschnittlich gut aus. Erneut deutlich schlechter informiert sind die Nichtwähler. Nur 26 Prozent der Nichtwähler geben an, über die Ziele der Parteien zu Europa Bescheid zu wissen.

Bisher zeigen die Befunde, dass die Nichtwähler ähnlich der Bundestagswahl ein deutlich unterdurchschnittliches Interesse an der Europawahl besitzen und eher schlecht informiert sind. Zudem bewegen sie sich in einem Umfeld, in dem die Nichtteilnahme an der Wahl eine legitime Handlungsoption ist. Hinzu kommt eine unterdurchschnittlich ausgeprägte Wahlnorm. Insgesamt stimmen 78 Prozent der Befragten der Aussage zu „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen“. Dieser Wert unterscheidet sich nicht zur Bundestagswahlumfrage. Unter den Nichtwählern findet die Aussage nur bei 57 Prozent Zustimmung. Die Wähler der SPD (91 Prozent), der Union (89 Prozent), der Grünen und der AfD (je 88 Prozent) stimmen der Wahlnorm überdurchschnittlich häufig zu. Die Wähler der Linken befürworten die Wahlnorm mit 70 Prozent unterdurchschnittlich oft, aber immer noch häufiger als die Nichtwähler.

Aussagen zur Politik (trifft voll und ganz/eher zu)	Prozent
Viele meiner Freunde sind zur Europawahl gegangen.	41
Der Wahlkampf zur Europawahl hat mich sehr interessiert.	27
Mir persönlich war es sehr wichtig, wie die Europawahl ausging.	53
Angela Merkel vertritt Deutschland in Europa alles in allem gut.	58
Ich kenne die unterschiedlichen Ziele der Parteien zu Europa.	38
In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.	78

Zusätzlich haben wir gefragt, welche Partei die Probleme in Europa, in Deutschland und in dem Bundesland des Befragten am besten lösen könne. Die wahrgenommene Problemlösungskompetenz der einzelnen Parteien unterscheidet sich nur geringfügig zwischen den verschiedenen Politikebenen und hat sich auch seit der Umfrage zur Bundestagswahl nicht nennenswert verändert. Sowohl für Deutschland und Europa als auch für die Bundeslandebene wird die Union als kompetenteste Partei wahrgenommen. Auch unter den eigenen Wählern schneidet die Union deutlich am besten ab. Die Union sei am kompetentesten, meinen 90 Prozent der Wähler von CDU/CSU für die Bundesebene, 85 Prozent für die Europaebene und 81 Prozent für die Bundeslandebene. Zusätzlich verorten 26 Prozent der SPD-Wähler die Problemlösungskompetenz für deutsche Probleme bei CDU und CSU, für die Probleme in Europa und im Bundesland schreiben je 17 Prozent der SPD-Wähler der Union die Kompetenz zu. Vor allem für die Lösung der deutschen Probleme wird die Union auch häufig von den Wählern der Grünen (23 Prozent) und der AfD (27 Prozent) genannt. Selbst die Nichtwähler finden zu 36 Prozent, die Union sei die Partei, die die Probleme in Deutschland am besten lösen könne (Europa: 33 Prozent, Bundesland: 35 Prozent).

Die SPD landet auf allen Ebenen mit deutlichem Abstand auf dem zweiten Platz. Den Sozialdemokraten wird die Lösung der Probleme auf Ebene der Bundesländer etwas häufiger zugetraut als auf nationaler oder europäischer Ebene. Der SPD wird ähnlich wie die Union von ihren eigenen Anhängern überdurchschnittlich häufig die Problemlösungskompetenz zugeschrieben. Allerdings liegen die Werte weit unter denen der Union. 53 Prozent der SPD-Wähler meinen, die SPD sei kompetent, die Probleme in Deutschland zu lösen. Das glauben auch 62 Prozent für die Probleme in Europa und 65 Prozent für die Probleme im Bundesland. Auch die Wähler der Grünen sehen die SPD auf allen Ebenen häufiger als der Durchschnitt als kompetent an.

Alle anderen Parteien können lediglich einstellige Kompetenzwerte erzielen. Die einzige Antwortkategorie, die noch im zweistelligen Bereich genannt wird, ist „keine Partei“. 15 Prozent trauen keiner Partei die Lösung der Probleme in Deutschland zu. In Europa und dem Bundesland fallen die Werte mit 17 und 12 Prozent sehr ähnlich aus. Man könnte vermuten, die Nichtwähler würden überwiegend keiner Partei die Lösung der Probleme zutrauen. Das ist jedoch nur sehr bedingt der Fall. Eine

relative Mehrheit der Nichtwähler hält die Union für kompetent. Für Europa nennen allerdings auch 26 Prozent der Nichtwähler „keine Partei“, für Deutschland 20 Prozent. Besonders häufig wird aber keiner Partei die Lösung der Probleme zugetraut von den Wählern der Linken (Deutschland: 35 Prozent, Europa: 42 Prozent, Bundesland: 25 Prozent) und der AfD (Deutschland: 22 Prozent, Europa: 26 Prozent, Bundesland: 22 Prozent). Die gewählten Parteien schneiden unter den eigenen Wählern kaum besser ab – wenn überhaupt – als die Kategorie „keine Partei“. Die Wähler der Linken und der AfD sind besonders skeptisch gegenüber der Problemlösungskompetenz der gewählten Partei. Das deutet darauf hin, dass die Parteien nicht aus inhaltlichen Gründen gewählt werden, sondern dass sich bei diesen Parteien ein gewisses Protestpotenzial sammelt.

Zudem ist die Union die einzige Partei, die von über 80 Prozent ihrer eigenen Wähler die größte Problemlösungskompetenz zugeschrieben bekommt. Keine andere Partei wird von den eigenen Wählern auf den unterschiedlichen politischen Ebenen als ähnlich kompetent wahrgenommen.

Problemlösungskompetenz	Deutschland	Europa	Ihrem Bundesland
CDU/CSU	42	37	37
SPD	20	21	26
FDP	1	-	1
Die Linke	3	2	3
Die Grünen	3	3	6
AfD	2	2	2
Keiner Partei	15	17	12

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2014

2.3. EINSTELLUNGEN ZU EUROPA

Zusätzlich zu den allgemeineren politischen Einstellungen haben wir auch spezielle Einstellungen zu Europa erhoben. Für die Wahl des Europaparlamentes sollten die Meinungen zu Europa zumindest eine gewisse Rolle spielen, auch wenn Europawahlen nicht die Bedeutung beigemessen wird wie Bundestagswahlen.

Insgesamt haben die Befragten ein positives Bild der EU. Eine deutliche Mehrheit von 72 Prozent ist der Meinung, die EU sei eine gute Sache. Lediglich 7 Prozent halten sie für eine schlechte Sache, 20 Prozent meinen, sie sei weder gut noch schlecht. Die über 60-Jährigen halten die EU besonders häufig für eine gute Sache (81 Prozent). Zudem steigt der Anteil der Befürworter mit höherem Bildungsabschluss. 65 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss finden die EU gut, während das 88 Prozent der Befragten mit Studienabschluss sagen. Die Wähler von Grünen (91 Prozent), CDU/CSU (87 Prozent) und SPD (85 Prozent) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, die EU sei eine gute Sache. Größere Skepsis findet sich bei den Wählern der AfD und den Nichtwählern. Lediglich 53 Prozent der AfD-Wähler und 54 Prozent der Nichtwähler halten die EU für eine gute Sache. Allerdings sind auch nur 18 Prozent der AfD-Wähler und 14 Prozent der Nichtwähler der Auffassung, die EU sei eine schlechte Sache. 29 Prozent der Wähler der AfD und 31 Prozent der Nichtwähler sehen die EU dagegen als weder gut noch schlecht. Erneut zeigt sich hier eine große Nähe der AfD-Wähler zu den Nichtwählern.

Auch dass die EU eine Erfolgsgeschichte ist, findet mehrheitliche Zustimmung. 67 Prozent der Befragten meinen, die EU sei eine Erfolgsgeschichte, 27 Prozent finden das nicht. Der Anteil derjenigen, die die EU für erfolgreich halten, steigt mit höherem Bildungsabschluss. Zusätzlich ist er überdurchschnittlich hoch unter den Wählern der Grünen (86 Prozent), der Union (83 Prozent) und der SPD (78 Prozent). Deutlich skeptischer sind die Wähler der Linken (53 Prozent) und der AfD (42 Prozent). Die Nichtwähler sind mit 54 Prozent ebenfalls unterdurchschnittlich häufig von der Erfolgsgeschichte der EU überzeugt, liegen damit aber immer noch über dem Wert der AfD-Wähler.

Auch wenn die Mehrheit die Meinung vertritt, die EU sei eine gute Sache und eine Erfolgsgeschichte noch dazu, zeigt sich auf der anderen Seite eine gewisse Europaskepsis. Nur 41 Prozent sind davon überzeugt, dass es Deutschland ohne die EU schlechter ginge. 28 Prozent glauben das nicht, 23 Prozent stimmen der Aussage „teils-teils“ zu. Besonders hoch ist der Anteil derjenigen, die glauben, „ohne die EU ginge es Deutschland schlechter“, bei den unter 30-Jährigen (47 Prozent), besonders niedrig bei den 30- bis 44-Jährigen (36 Prozent). Zudem steigt die Zustimmung dazu, dass es Deutschland ohne die EU schlechter ginge, mit steigendem Bildungsniveau. 34 Prozent der Befragten mit Hauptschulabschluss

stimmen der Aussage zu „Ohne die EU würde es Deutschland schlechter gehen“, während das für 62 Prozent der Befragten mit Studienabschluss zutrifft. Besonders weit verbreitet ist diese Auffassung auch unter den Wählern der Grünen (58 Prozent), der SPD (52 Prozent) und der Union (51 Prozent). Unterdurchschnittlich häufig wird die Aussage von den Wählern der Linken (37 Prozent), den Nichtwählern (30 Prozent) und den Wählern der AfD (25 Prozent) unterstützt.

Dass Europa die Finanzkrise gut bewältigt hat, findet ebenfalls nur eine Minderheit (29 Prozent). Am skeptischsten ist erneut die Gruppe der 30- bis 44-Jährigen (25 Prozent). Befragte mit Hochschulstudium sind etwas häufiger der Meinung, Europa habe die Finanzkrise gut überstanden (34 Prozent). Erneut ist die Zustimmung besonders weit verbreitet unter den Wählern von CDU/CSU (42 Prozent), Grünen (36 Prozent) und SPD (33 Prozent). Nichtwähler liegen mit 28 Prozent im Durchschnitt. Bei den Wählern der Linken und der AfD handelt es sich um eine absolute Außenseiterposition mit lediglich 8 und 4 Prozent Zustimmung.

Noch weniger Zustimmung als die Bewältigung der Finanzkrise bekommt die Aussage „Ich weiß zwar, dass Europa wichtig ist, aber es interessiert mich nicht wirklich, was dort passiert“ mit 21 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass sich eben doch ein Großteil der Menschen für Europa interessiert, auch wenn sich das nicht im Interesse an der Europawahl niederschlägt. Von EU-Lethargie kann hier keine Rede sein. Besonders gering ist das Desinteresse an Europa bei den Jüngeren (11 Prozent) und den höheren Bildungsabschlüssen (10 Prozent). Unter den Wählern der Linken ist das Desinteresse mit 28 Prozent überdurchschnittlich ausgeprägt, während sich die Wähler der Grünen (8 Prozent) und der AfD (12 Prozent) besonders häufig für Europa interessieren. Nichtwähler unterscheiden sich nicht vom Durchschnitt.

Trotz des noch recht großen Interesses an Europa haben viele Menschen Schwierigkeiten nachzuvollziehen, was in Europa passiert. 53 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu „Manchmal ist es für mich schwer zu verstehen, was auf der europäischen Ebene passiert“. Dabei berichten Frauen (57 Prozent) häufiger von Schwierigkeiten als Männer (48 Prozent). Zudem nehmen die Verständnisprobleme mit steigendem Bildungsniveau ab. Zwischen den Wählern der Parteien gibt es kaum Unterschiede. Einzig den Wählern der Union fällt es mit 59 Prozent etwas schwerer, die Geschehnisse auf europäischer Ebene zu verfolgen. Die

Wähler der anderen Parteien und die Nichtwähler unterscheiden sich nicht vom Durchschnitt.

Aussagen zur Europa (trifft voll und ganz/eher zu)	Prozent
Manchmal ist es für mich schwer zu verstehen, was auf der europäischen Ebene passiert.	53
Ich weiß zwar, dass Europa wichtig ist, aber es interessiert mich nicht wirklich, was dort passiert.	21
Alles in allem hat Europa die Finanzkrise gut bewältigt.	29
Ohne die EU würde es Deutschland schlechter gehen.	41

Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2014

2.4. WISSEN ÜBER DIE EU

Ähnlich wie bei der Nachwahlbefragung zur Bundestagswahl haben wir auch bei der Europawahl Wissensfragen gestellt. Da es bei der Europawahl keine Unterteilung in Erst- und Zweitstimme gibt, war es nicht möglich, vergleichbare Fragen zu stellen. Stattdessen haben wir den Befragten Aussagen zur EU und dem Europaparlament gestellt, bei denen sie angeben sollten, ob diese Aussagen richtig oder falsch sind.

Insgesamt ist das Wissen über die EU eher als durchwachsen zu bezeichnen. Dass die EU 28 Mitglieder hat, wissen 60 Prozent der Befragten. 20 Prozent halten die Aussage für falsch und weitere 20 Prozent geben „weiß nicht“ an. Männer sind mit 67 Prozent etwas besser über die Mitgliederzahl informiert als Frauen (52 Prozent). Zusätzlich steigt die Zahl der richtigen Antworten mit steigendem Bildungsniveau. Unter den Anhängern der Parteien fallen lediglich die AfD-Wähler auf. 70 Prozent der Wähler der AfD wissen, dass die EU 28 Mitglieder hat.

Die zweite Aussage lautet „Eine Partei in Deutschland braucht mindestens 3 Prozent der Stimmen, um ins Europaparlament einzuziehen“. Die richtige Antwort ist somit, dass die Aussage falsch ist. Gut die Hälfte der Befragten identifiziert die Aussage korrekt als falsch (54 Prozent). 38 Prozent halten die 3-Prozent-Hürde für gültig und 8 Prozent wissen es nicht. Offensichtlich ist die mediale Berichterstattung über den Wegfall der Hürde nicht überall angekommen. Der Anteil der korrekten Einschätzung sinkt mit zunehmendem Alter, steigt mit zunehmendem Bildungsgrad und ist unter Männern höher als unter Frauen. Die AfD-Wähler

wissen zu einem höheren Anteil (65 Prozent), dass keine 3-Prozent-Hürde gilt. Die Wähler der anderen Parteien sowie die Nichtwähler unterscheiden sich nicht bedeutsam vom Durchschnitt.

Die letzte Aussage stellte sich als zu einfach heraus, um zwischen den Befragten zu diskriminieren. Wir wollten von den Befragten wissen, ob die Schweiz Mitglied der Europäischen Union ist. 86 Prozent wissen, dass die Schweiz kein Mitglied der EU ist. 11 Prozent glauben, die Schweiz sei Mitglied, während 3 Prozent nicht wissen, ob die Schweiz Mitglied ist oder nicht. Die einzelnen Gruppen unterscheiden sich nur geringfügig voneinander. Das Niveau der richtigen Antworten ist überall sehr hoch. Besonders weit verbreitet ist das Wissen über die Schweiz bei den Wählern der Grünen und der AfD mit je 94 Prozent richtigen Nennungen. Lediglich die Nichtwähler sind mit 79 Prozent etwas schlechter darüber informiert, ob die Schweiz Mitglied der EU ist. Ganze 16 Prozent der Nichtwähler meinen, die Schweiz sei EU-Mitglied.

- 1] Karlheinz Reif, Hermann Schmitt, 1980, *Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results*. In: *European Journal for Political Research* 8, S. 3 ff.
- 2] *Infratest dimap hat im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zwischen dem 26. Mai und dem 10. Juni 2014 2.514 Wahlberechtigte telefonisch befragt.*
- 3] *Infratest dimap hat im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung zwischen dem 26. Mai und dem 10. Juni 2014 2.514 Wahlberechtigte telefonisch befragt.*
- 4] *Bei der Bundestagswahl 2013 lag der tatsächliche Anteil der Briefwähler bei 24,3 Prozent. Für die Europawahl 2014 macht der Bundeswahlleiter bisher keine Angabe zum Briefwähleranteil, so dass es keinen Vergleichswert für die Umfragedaten gibt. Siehe: <http://www.bundeswahlleiter.de/de/glossar/texte/Briefwahl.html> [Zugriff am 05.08.2014]*
- 5] *Vgl. z.B. Thomas Plischke, 2014, Fällt die Wahlentscheidung immer später? Die Entwicklung des Zeitpunkts der Wahlentscheidung bei den Bundestagswahlen 1969 bis 2009, in: Politische Vierteljahresschrift 55, 1/2014, S. 118-144; Thomas Plischke/Michael Bergmann, 2011, Entscheidungsprozesse von Spätentscheidern bei der Bundestagswahl 2009, in: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 45/2011, S. 489-513.*
- 6] *61 AfD-Wähler haben eine alternative Wahlabsicht angegeben.*

3. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Befunde bestätigen das Ergebnis früherer Studien¹, dass Europawahlen stark durch das nationale Meinungsklima geprägt werden. Wir finden Hinweise darauf, dass die Große Koalition im Bund die Wähler der Europawahl beeinflusst hat. Zum einen werden CDU/CSU und SPD von allen Wählern häufiger als mögliche Wahlalternative genannt. Zum anderen ist die Wechselbereitschaft zwischen Union und SPD seit der Bundestagswahl gestiegen.

Gleichzeitig wird durch unsere Nachwahlumfrage zur Europawahl aber auch die geringere Bedeutung von Europawahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen für die Bevölkerung deutlich. Die geringere Bedeutung der Europawahlen manifestiert sich nicht nur in einer geringeren Wahlbeteiligung, sondern auch in einem generell niedrigeren Interesse am Wahlkampf und am Wahlausgang. Zudem scheint es stärker akzeptiert zu sein, bei der Europawahl nicht zur Wahl zu gehen. Während bei der Bundestagswahl eine deutliche Mehrheit der Befragten angibt, viele ihrer Freunde seien zur Wahl gegangen, gilt das bei der Europawahl nur noch für eine Minderheit.

Sowohl die Umfrage zur Bundestagswahl als auch die Befragung im Anschluss an die Europawahl offenbaren eine starke Politikdistanz der Nichtwähler. Sie unterscheiden sich im Interesse an beiden Wahlen deutlich von den Wählern. Zusätzlich bewegen sie sich auch bei der Bundestagswahl in einem Umfeld, in dem die Nichtwahl ein sozial akzeptiertes Verhalten darstellt.

Abschließend offenbaren die Ergebnisse der Europawahl-Umfrage in einigen Bereichen eine große Ähnlichkeit der AfD-Wähler zu den Nichtwählern. Einiges deutet deshalb darauf hin, dass die Wähler der AfD sich weniger aufgrund ihrer Inhalte für die Partei entschieden haben. Sie halten sie noch nicht einmal mehrheitlich für kompetent, die Probleme in Europa zu lösen, obwohl es sich um dabei um das Kernthema der Partei handelt. Stattdessen scheint sich in der AfD ein diffuses Protestpotenzial zu bündeln, das aus allen politischen Lagern kommt.

1| *Aiko Wagner, 2014, Vor der Europawahl: Die Wähler in der Bundesrepublik, Sankt Augustin/Berlin.*

DIE AUTORINNEN

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung und seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Dr. Sabine Pokorny wurde 1981 in Wesel geboren. Sie studierte Soziologie, Englische und Italienische Philologie an der Universität zu Köln. 2007 bis 2011 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin. Seit September 2011 Koordinatorin Empirische Sozialforschung in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

ANSPRECHPARTNERINNEN IN DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. Viola Neu
Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 06
E-Mail: viola.neu@kas.de*

*Dr. Sabine Pokorny
Koordinatorin Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Telefon: +49(0)-30-2 69 96 35 44
E-Mail: sabine.pokorny@kas.de*



Gefällt Ihnen diese Publikation?

Dann unterstützen Sie die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung für mehr Demokratie weltweit mit einer mobilen Spende. Der Betrag kommt unmittelbar der Stiftung zugute und wird für die Förderung unserer satzungsgemäßen Zwecke verwendet.

Jetzt QR-Code scannen
und Betrag eingeben.